

Meine Position: Warum Menschen wirklich fliehen

Warum ich diesen Text schreibe
Dieser Text ist meine persönliche Position zu einer Frage, die die politische Debatte in Deutschland seit Jahren prägt: warum Menschen wirklich fliehen. Ich will damit keine absolute Wahrheit verkünden, sondern zur Diskussion anregen und einige Fakten in Erinnerung rufen, die in der öffentlichen Debatte oft fehlen. Wer anderer Meinung ist, ist herzlich eingeladen, das mit mir zu besprechen.

1. Niemand flieht freiwillig

Das ist der Ausgangspunkt, den man verstehen muss, bevor man über Migration redet. Wer flieht, hat in aller Regel eine einfache Rechnung gemacht: Das Risiko der Flucht ist kleiner als das Risiko zu bleiben. Das sagt viel darüber aus, was in den Herkunftsländern los ist. Kein Mensch lässt Familie, Zuhause und soziales Netz ohne zwingende Gründe hinter sich, und schon gar nicht für eine Bezahlkarte.

2. Ein koloniales Erbe, das bis heute wirkt

Das ist kein linkes Narrativ, sondern Geschichtsunterricht. Europa hat über Jahrhunderte systematisch Afrika, Asien und Lateinamerika ausgebeutet. Ressourcen wurden abgezogen, Grenzen willkürlich gezogen, Bevölkerungen versklavt oder gegeneinander ausgespielt. Diese Strukturen blieben auch nach der formellen Unabhängigkeit bestehen.

Ein konkretes Beispiel: Frankreich verlangt von vierzehn ehemaligen afrikanischen Kolonien bis heute einen Teil ihrer Währungsreserven für die französische Zentralbank, im Rahmen des Franc-CFA-Systems. Das ist kein historischer Fußnotenstreit, das ist aktuelle Wirtschaftspolitik. Wer fragt, warum bestimmte afrikanische Länder arm sind, muss auch fragen, wer diese Armut strukturell befestigt hat und wer davon profitiert.

Auch Deutschland war Kolonialmacht, und zwar mit äußerster Brutalität

Das wird in der deutschen Debatte gerne ausgeblendet, weil man beim Wort Kolonialismus zuerst an Frankreich oder Großbritannien denkt. Doch das Deutsche Kaiserreich besaß von 1884 bis 1918 Kolonien in Afrika, im Pazifik und in China: Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Ruanda, Burundi), Kamerun, Togo sowie das Pachtgebiet Kiautschou in China und mehrere Pazifikinseln. Wirtschaftlich ging es dabei immer um dasselbe: Rohstoffe wie Kautschuk, Baumwolle und Kaffee für den europäischen Markt, durchgesetzt über Zwangsarbeit und ein Steuersystem, das die Bevölkerung in Lohnarbeit für deutsche Plantagen zwang. Wer nicht in bar zahlen konnte, musste arbeiten.

In Deutsch-Südwestafrika ließ die deutsche Kolonialarmee zwischen 1904 und 1908 den Völkermord an den Herero und Nama begehen. General Lothar von Trotha gab den Befehl, jeden Herero zu erschießen, Überlebende wurden in die Wüste Omaheke getrieben oder starben in Konzentrationslagern. Schätzungen gehen von bis zu 100.000 Toten aus, etwa 80 Prozent der Herero-Bevölkerung kamen um. Der Bundestag hat die Ereignisse 2021 offiziell als Völkermord anerkannt. Deutschland sagte im gleichen Jahr 1,1 Milliarden Euro für Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramme zu, allerdings ausdrücklich ohne rechtlich bindende Entschädigung. Herero- und Nama-Vertreter kritisieren das Abkommen bis heute, weil sie bei den Verhandlungen nicht direkt beteiligt waren und echte Reparationen sowie Landrückgabe fordern.

In Deutsch-Ostafrika schlug die Kolonialverwaltung den Maji-Maji-Aufstand von 1905 bis 1907 mit der Taktik der verbrannten Erde nieder. Felder und Vorräte wurden systematisch vernichtet, um die Bevölkerung durch Hunger zu unterwerfen. Schätzungen gehen von 250.000 bis 300.000 Toten aus, weit mehr als beim Völkermord an Herero und Nama, überwiegend Zivilisten, die verhungerten. Auch das ist Teil der Geschichte, die erklärt, warum das koloniale Erbe kein abstraktes Thema ist, sondern eine Verantwortung, die auch Deutschland trägt.

Meine Haltung: Wer heute über Fluchtursachen redet, aber die koloniale Vorgeschichte ausblendet, redet nur über die Hälfte der Wahrheit. Auch Deutschland trägt hier eine historische Verantwortung, die mit einer Gedenktafel nicht erledigt ist.

Quellen zu Ziffer 2

Pigeaud, F. / Sylla, N. S. (2018): L'Arme invisible de la Françafrique. La Découverte, Paris.
Ndongo-Samba, S. (2021): Die Afro-CFA-Zone. Zeitschrift für Afrikastudien.
bpb (2021): Völkermord an Herero und Nama. Abkommen zwischen Deutschland und Namibia. bpb.de
Deutscher Bundestag (2021): Antwort der Bundesregierung zum Herero-Nama-Abkommen. Drucksache 20/2007. bundestag.de
Universität Göttingen, Forschungsstelle Koloniales Erbe: Deutsch-Ostafrika und der Maji-Maji-Krieg. goettingenkolonial.uni-goettingen.de

3. Wirtschaftliche Spielregeln, die wir mitgeschrieben haben

Nach der formellen Unabhängigkeit endete diese Ausbeutung nicht, sie bekam nur neue Namen und neue Institutionen. Internationaler Währungsfonds und Weltbank haben Entwicklungsländern seit den 1980er-Jahren Kredite unter Bedingungen gegeben, die deren Wirtschaften systematisch schwächten. Subventionen für lokale Landwirtschaft wurden abgeschafft, gleichzeitig konnten europäische Agrarprodukte zollgünstig in diese Märkte eindringen. Lokale Bauern konnten nicht konkurrieren.

Gleichzeitig subventioniert Europa seine eigene Landwirtschaft massiv. Europäisches Hühnerfleisch, das auf afrikanischen Märkten billiger verkauft wird als lokale Ware, ist ein Produkt europäischer Agrarpolitik. Wer dann fragt, warum ein malischer Bauer sich auf den Weg nach Europa macht, hat die Antwort damit bereits gegeben.

Quellen zu Ziffer 3

Stiglitz, J. (2002): Die Schatten der Globalisierung. Siedler Verlag, Berlin.
Oxfam Deutschland (2005): Dumping auf Kosten der Armen. oxfam.de
Europäische Kommission (2020): Farm to Fork Strategie.

4. Kriege, die wir mitverursacht haben

Zu den strukturellen Ursachen kommen die unmittelbaren Auslöser: Kriege, an denen der Westen in den vergangenen zwei Jahrzehnten aktiv beteiligt war. Drei Beispiele stehen dafür besonders.

Afghanistan

Die USA und ihre NATO-Partner, darunter Deutschland, führten dort zwanzig Jahre lang Krieg. Der Abzug 2021 hinterließ ein Land unter Taliban-Herrschaft. Millionen flohen. Deutschland war Teil dieser Intervention, hat mitentschieden, mitgekämpft, mitgezahlt. Die Konsequenz dieser Politik sind Flüchtlinge. Man kann nicht beides wollen: militärisch eingreifen und danach keine Verantwortung für die Folgen übernehmen. Zum 31. Dezember 2025 waren rund 450.000 afghanische Staatsangehörige im Ausländerzentralregister erfasst. Rechnet man Eingebürgerte und in Deutschland Geborene mit afghanischen Wurzeln hinzu, kommt man auf etwa 515.000 Menschen mit afghanischem Migrationshintergrund, davon gelten gut 321.000 als Schutzsuchende.

Syrien

Ein komplexer Bürgerkrieg, in dem Russland, Iran, die USA, Saudi-Arabien und westliche Geheimdienste mitgespielt haben. Waffen wurden geliefert, Stellvertreterkriege geführt. Das Land wurde zur Trümmerlandschaft. Laut UNHCR flohen mehr als 6,6 Millionen Syrerinnen und Syrer ins Ausland. Zum 31. Dezember 2025 waren rund 936.000 syrische Staatsangehörige im Ausländerzentralregister erfasst, die größte ausländische Gruppe nach den ukrainischen Kriegsflüchtlingen. Nicht mitgezählt sind dabei die über 65.500 Menschen, die allein 2025 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben und damit aus der Ausländerstatistik herausfallen. Real leben also deutlich mehr als eine Million Menschen mit syrischen Wurzeln in Deutschland.

Irak

Der Einmarsch 2003, ohne UN-Mandat und auf Basis gefälschter Geheimdienstinformationen, destabilisierte die gesamte Region und schuf erst die Bedingungen, aus denen der IS entstehen konnte. Auch das ist eine westliche Mitverantwortung, die in der Migrationsdebatte selten genannt wird. Zum 31. Dezember 2025 waren rund 254.000 irakische Staatsangehörige im Ausländerzentralregister erfasst.

Meine Haltung: Wer militärisch eingreift, kann sich hinterher nicht aus der Verantwortung für die Folgen stehlen. Wer heute über Fluchtursachen spricht, muss auch über die eigene Kriegsbeteiligung sprechen, nicht nur über die, die deswegen geflohen sind.

Quellen zu Ziffer 4

Bundesministerium der Verteidigung (2021): Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Abschlussbericht. Berlin.
UNHCR (2023): Syria Emergency. [unhcr.org/syria-emergency](https://www.unhcr.org/syria-emergency)
The Iraq Inquiry / Chilcot Report (2016). [gov.uk](https://www.gov.uk)
Human Rights Watch (2020): World Report – Syria.
Statistisches Bundesamt (2026): Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten, Stand 31.12.2025 (Ausländerzentralregister). [destatis.de](https://www.destatis.de)
Mediendienst Integration: Wie viele afghanische Flüchtlinge leben in Deutschland? Stand 31.12.2025. [mediendienst-integration.de](https://www.mediendienst-integration.de)
Statistisches Bundesamt (2026): Über 332.000 Einbürgerungen 2025, Syrer größte Gruppe. [destatis.de](https://www.destatis.de)

5. Klimawandel: Die Rechnung kommt, aber nicht bei denen, die sie verursacht haben

Die ärmsten Länder der Welt haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, treffen ihn aber am härtesten. Der Sahel vertrocknet, Ernteerträge brechen ein, Wasser wird knapp. Menschen ziehen zuerst innerhalb ihres Landes, dann über Grenzen, dann nach Europa. Die Industriestaaten haben den Klimawandel verursacht, die Folgen tragen andere. Das sind physikalische und wirtschaftliche Fakten, keine Moral.

Quellen zu Ziffer 5

IPCC (2022): Climate Change 2022. Sixth Assessment Report. [ipcc.ch](https://www.ipcc.ch)
Weltbank (2021): Groundswell Report. Internal Climate Migration. [worldbank.org](https://www.worldbank.org)

6. Der Mythos von der sozialen Hängematte

Das ist der Punkt, an dem die Debatte in Deutschland am weitesten von der Realität entfernt ist. Wer heute als Asylsuchender hier ankommt, bekommt keine Sozialleistungen auf Bürgergeld-Niveau. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht für Alleinstehende einen Satz von 455 Euro monatlich vor, der Bürgergeld-Regelsatz liegt 2026 bei 563 Euro. Ein Unterschied von gut hundert Euro im Monat, für Menschen, die aus Krieg und Verfolgung kommen.

Hinzu kommt: Diese Leistungen werden vielerorts nicht als Bargeld ausgezahlt, sondern über Sachleistungen, Wertgutscheine oder Bezahlkarten mit eingeschränkter Nutzung. Und wer arbeiten will, darf es meistens nicht sofort. Für Asylsuchende in Aufnahmeeinrichtungen gilt ein Arbeitsverbot von mindestens sechs Monaten, außerhalb der Einrichtungen von mindestens drei Monaten, in der Praxis oft länger, weil Verfahren und Behördenwege Zeit brauchen. Menschen, die arbeiten wollen und einen Job gefunden haben, dürfen ihn häufig monatelang nicht antreten.

Von einer Hängematte kann also keine Rede sein. Es ist eher ein System, das Menschen zunächst bewusst knapphält und vom Arbeitsmarkt fernhält, und sich dann wundert, wenn Integration langsam läuft.

Meine Haltung: Wer weiterhin von der sozialen Hängematte spricht, hat entweder die Zahlen nicht gesehen oder will sie nicht sehen. Beides ist für eine ernsthafte politische Debatte zu wenig.

Quellen zu Ziffer 6

Bekanntmachung über die Höhe der Leistungssätze nach § 3a Absatz 4 AsylbLG für 2026. [gesetze-im-internet.de](https://www.gesetze-im-internet.de)
Bundesregierung (2025): Regelbedarfe 2026 (Bürgergeld). [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de)
Mediendienst Integration: Welche Sozialleistungen bekommen Asylbewerber? [mediendienst-integration.de](https://www.mediendienst-integration.de)
Betanet: Asylbewerberleistungsgesetz, Leistungssätze und Arbeitsmarktzugang. [betanet.de](https://www.betanet.de)

7. Die meisten Geflüchteten bleiben in ihrer Region

Auch das gehört zu den Fakten, die in der deutschen Debatte fast nie vorkommen: Nach Angaben des UNHCR lebten 2024 rund 67 Prozent aller Geflüchteten in Staaten, die an ihre Herkunftsregion angrenzen. Die größten Aufnahmeländer weltweit sind nicht Deutschland oder ein anderes europäisches Land, sondern der Iran mit 3,5 Millionen, die Türkei mit 2,9 Millionen und Kolumbien mit 2,8 Millionen Geflüchteten. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen tragen nach wie vor die Hauptlast der weltweiten Fluchtbewegungen, nicht Europa.

Zum Vergleich: 2025 wurden in Deutschland rund 168.500 Asylanträge gestellt, deutlich weniger als in den Vorjahren. Wer den Eindruck vermittelt, Deutschland werde von der Welt überrannt, verzerrt die Größenordnungen.

Quellen zu Ziffer 7

UNHCR (2024): Global Trends Report. [unhcr.org/globaltrends](https://www.unhcr.org/globaltrends)
bpb (2025): Weltflüchtlingstag 2025. [bpb.de](https://www.bpb.de)
BAMF (2026): Asylzahlen Gesamtjahr 2025. [bamf.de](https://www.bamf.de)

8. Warum Deutschland auf Zuwanderung angewiesen ist

Abseits der humanitären Debatte gibt es ein nüchternes wirtschaftliches Argument: Deutschland hat ein demografisches Problem, das sich ohne Zuwanderung nicht lösen lässt.

Laut Institut der deutschen Wirtschaft fehlten zuletzt über 570.000 Fachkräfte, besonders in Pflege, Handwerk, IT, Ingenieurwesen und Logistik. Bis 2035 wird die Lücke auf über eine Million geschätzt, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.

Das Rentensystem ist umlagefinanziert: Wer heute arbeitet, finanziert die Renten von heute. 1960 kamen auf einen Rentner sechs Beitragszahler, heute sind es weniger als zwei, Tendenz fallend. Ohne Zuwanderung im erwerbsfähigen Alter muss das System entweder über höhere Beiträge oder niedrigere Renten stabilisiert werden. Beides trifft die arbeitende Bevölkerung direkt.

Studien des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zeigen zudem, dass Zugewanderte, die langfristig in Deutschland arbeiten, netto mehr in die Sozialsysteme einzahlen, als sie entnehmen. Das gilt vor allem für qualifizierte Zuwanderer, aber auch für viele Geflüchtete, die nach einigen Jahren Fuß fassen. Der Schlüssel dazu ist Integration in den Arbeitsmarkt, nicht Ausgrenzung, und nicht monatelange Arbeitsverbote wie in Ziffer 6 beschrieben.

Meine Haltung: Wer Zuwanderung pauschal ablehnt, schadet dem eigenen Land wirtschaftlich. Das ist kein moralisches Argument, das ist Mathematik.

Quellen zu Ziffer 8
Institut der deutschen Wirtschaft (2023): Fachkräftereport 2023. iwkoeln.de
Deutsche Rentenversicherung (2023): Rentenversicherung in Zeitreihen. drv.de
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2022): Fiskalische Effekte der Zuwanderung nach Deutschland. bib.bund.de
Bertelsmann Stiftung (2017): Welchen wirtschaftlichen Beitrag leisten Flüchtlinge? bertelsmann-stiftung.de

9. Wir haben das selbst erlebt

Es lohnt sich, an die eigene Geschichte zu erinnern. Zwischen 1816 und 1914 wanderten rund 5,5 Millionen Deutsche in die USA aus, viele davon aus schierer Not. Allein zwischen 1848 und 1860 verließen mehr als eine Million Menschen das Land, wegen extremer Armut und, nach der gescheiterten Revolution von 1848, auch aus politischen Gründen.

„Wer selbst einmal alles zurückgelassen hat, weil die Not größer war als die Angst vor der Fremde, sollte anderen dieses Motiv nicht absprechen.“
Unsere Vorfahren taten damals genau das, was Geflüchtete heute tun: sie gingen, weil Bleiben schlechter war als Gehen. Das macht Migration nicht zu einem deutschen Sonderfall, sondern zu einem menschlichen Grundmuster, das wir aus eigener Geschichte kennen sollten.

Quellen zu Ziffer 9
Mediendienst Integration: Geschichte der Auswanderung aus Deutschland. mediendienst-integration.de

Was das für die politische Debatte bedeutet

Migration ist das Symptom. Die Ursachen liegen in einem Kolonialerbe, das bis heute nachwirkt. In Wirtschaftsstrukturen, die westliche Länder mitgestaltet haben. In Kriegen, die westliche Länder mitgeführt haben. In einer Klimakrise, die westliche Länder mitverursacht haben. Und die Behauptung, Menschen kämen wegen unserer Sozialleistungen, hält der Überprüfung schlicht nicht stand.
Wer 'Remigration' fordert, ohne diese Zusammenhänge zu benennen, spricht über Konsequenzen, ohne über Ursachen zu reden. Eine ernst gemeinte Politik, die auf weniger irreguläre Migration zielt, müsste in Frieden, faire Handelsregeln, Klimaschutz und ein Ende von Stellvertreterkriegen investieren. Und sie müsste gleichzeitig die wirtschaftliche Notwendigkeit von Zuwanderung anerkennen, statt sie zu leugnen, und Menschen, die hier sind, arbeiten lassen, statt sie monatelang auszubremsen.

Meine Haltung: Ich bin für eine geordnete und gesteuerte Zuwanderungspolitik. Aber Ordnung beginnt mit ehrlichen Fakten, nicht mit dem Mythos der sozialen Hängematte. Wer die wahren Ursachen von Flucht ausblendet und stattdessen ein Bild von bequemen Trittbrettfahrern zeichnet, verweigert sich der Verantwortung, die wir als Land mittragen, und blockiert am Ende genau die Integration, die wir wirtschaftlich dringend brauchen.

Sprendlingen, im September 2026
Manfred Scherer

© 2026 Manfred Scherer. Die Weiterverbreitung dieses Textes, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Autors.